

Für Arbeiterinnen in München:

	Bei einem Wochenlohn			
	bis 12 Wk.	12-15 Wk.	15-20 Wk.	ab 20 Wk.
bish. Zulage	7-10,50	10,50	10,50	10,50
v. 16. Aug. ab	100%	100%	15,—	15,—
demnach mehr	5,1,50	1,50-4,50	4,50	4,50
v. 30. Nov. ab	100%	100%	17,—	17,—
mehrt. 15. Aug.	5,1,50	1,50-4,50	6,50	6,50

Die in zwei Raten zur Auszahlung kommenden neuen Zulagen bedeuten demnach für unsere Kolleginnen vom 16. August ab eine Erhöhung ihres Lohn- und zum 1. Dezember weitere 5 Wk., zusammen also von 14,50 bis 20,50 Wk. wöchentlich. Unsere Kolleginnen erhalten dadurch zunächst eine Lohnerhöhung von 6 bis 9 Wk. pro Woche und am 1. Dezember weitere 2 Wk., zusammen also 8-11 Wk. wöchentlich.

Unsere jungen erst angelehrten Kolleginnen, die nach Ziffer b und c des Tarifs noch geringere Mindestlöhne haben —, die zurzeit infolge des Mangels an Arbeitskräften jedoch kaum Anwendung finden —, waren bisher in der Leuerungsulage noch um 1,50 Wk. schlechter gestellt wie die anderen ledigen Kolleginnen. Dieser Unterschied fällt künftig auch fort, so daß diese dann die gleich hohen Zulagen wie alle anderen ledigen Kolleginnen beanspruchen können, was für sehr viele dieser jungen Leute eine ganz wesentliche Verbesserung bedeutet.

Die von unserem Verbandsvorstand den Arbeitgebern eingereichten Forderungen waren ursprünglich allerdings wesentlich höher gehalten. Es war jedoch vorausgesehen, daß diese nicht restlos durchgeführt werden konnten, sondern daß bei friedlicher Verhandlung und Verständigung mit manchen Abstrichen zu rechnen war. Für jede scheidliche Vereinbarung ist stets von beiden Seiten, unter besonderer Wahrung der eigenen Interessen und unter Anerkennung und Nützung der vernünftigen Einwände der Gegenpartei, ein gewisses nachgiebiges Entgegenkommen Vorbedingung. Wo bei einzelnen Punkten eine Verständigung nicht zu erreichen ist, darf deswegen nicht das Ganze zum Scheitern kommen, solange in anderen Punkten annehmbare Vorteile geboten werden, die durch den Abbruch der Verhandlungen der Allgemeinheit verloren wären. Selbstverständlich ist auch bei allen derartigen Verhandlungen die hinter den einzelnen Parteien stehende organisatorische Kraft nicht ohne Einfluß. Die richtige Einschätzung und Ausnützung dieser Kraft und die unbedingt erforderliche Verzichtsbereitschaft der gegebenen Zeitverhältnisse wird jedoch keine vernünftig urteilende Gruppe bei solchen Verhandlungen unbeachtet lassen. So mußten auch unsere Unterhändler urteilen, als sie zu entscheiden hatten, ob nach Bewilligung weiterer Leuerungszulagen in nicht unbedeutender Höhe, nach Verdoppelung der bisherigen Zuschläge für Heberzeit- und Sonntagsarbeit und nach weiteren Zugeständnissen bezüglich der Erhöhung der Falzpreise und dem Abbau der bisher für Leipzig geltenden Sonderbestimmungen, sie wegen der nicht erreichbaren Punkte 4, 5 und 7 unserer Forderungen die Verhandlungen doch noch scheitern lassen oder dem Erreichten ihre Zustimmung geben sollten. Unsere Vertreter haben das letztere vorgezogen in der richtigen Erkenntnis, daß sonst der Kollegenschaft auch die erreichten Vorteile noch für längere Zeit vorenthalten geblieben wären, während doch bei den jetzigen ungünstigen Zeitverhältnissen die schnellste Durchführung der erhofften Leuerungszulagen eine dringende Notwendigkeit war.

Der Punkt 5 der Forderungen, Verkürzung der Arbeitszeit auf wöchentlich 51 Stunden und damit verbunden der freie Sonnabendnachmittag war gewiß für unsere gesamte Kollegenschaft von äußerster Wichtigkeit. Besonders unsere Kolleginnen befinden sich durch die immer größer werdenden Schwierigkeiten in der Beschaffung der Lebensmittel in einer äußerst unangenehmen Lage und haben daher auch ein ganz besonderes Interesse daran, am Sonnabendnachmittag die nötige Zeit hierfür zu haben. Eine Verständigung war in dieser Frage jedoch nicht möglich. Die Arbeitgeber waren wohl bereit, den Sonnabendnachmittag freizugeben, wenn dafür die ausfallende Zeit an den anderen Wochentagen eingeholt wird. Dem konnten unsere Vertreter jedoch nicht zustimmen, und mußte damit diese Forderung fallen.

Der vorher im Buchdruckgewerbe vollzogene Abschluß war natürlich auch nicht ohne Einfluß auf die

Verhandlungen in unserem Beruf. Es war vorausgesehen, daß die geforderte Verkürzung der Arbeitszeit kaum zu erreichen sein würde, nachdem auch bei den Buchdruckern diese Forderung nicht durchgeführt werden konnte. Auch in der Höhe der vereinbarten Leuerungszulagen bildete der den Buchdruckern bewilligte Satz auch für unsere Arbeitgeber diejenige Grenze, die auf keinen Fall überschritten werden sollte. Wenn das durch Aufgabe des bisherigen Systems der abgestuften Höhe der Zulagen doch noch erreicht wurde, so ist das als ein Erfolg unserer Unterhändler zu buchen, der zum Ausgleich für die Arbeiter vorentsprechende Erhöhung der Affordpreise aber auch unbedingt nötig war.

Die neuen Vereinbarungen bieten zweifellos für alle unsere Kolleginnen und Kolleginnen recht annehmbare Vorteile, die wiederum auch allen denjenigen zufließen, die keiner gewerkschaftlichen Organisation angehören. Diese sind es aber auch wieder, die vielfach der Allgemeinheit die Durchführung der Abmachungen erschweren. Es muß daher überall mit Nachdruck darauf hingewiesen werden, wie überaus verächtlich es ist, die von der Organisation erzwungenen Vorteile einzustreichen, ohne dafür seine Pflicht durch Zugehörigkeit und Beitragsleistung zur Organisation zu erfüllen. Jetzt ist die beste Zeit und Gelegenheit zur Agitation für unseren Verband.

Aus unserem Beruf.

Arbeitslosenstatistik. Unsere für die Berichterstattung an das Statistische Amt bestimmte Erhebung über Arbeitslosigkeit und Unterübungsbezug im zweiten Quartal 1918 hat wieder kein vollständiges Resultat gezeigt, weil die Verwaltungen der Bahnhöfe in Bonn, Brandenburg, Freiburg i. Br., Gera, Genua, Strakburg i. Gl., Tilsit und Wiesbaden die Berichtsbögen trotz erfolgter Mahnung gar nicht oder erst so spät eingeleistet haben, daß sie für die Zusammenstellung nicht mehr verwendet werden konnten. Diese 8 Bahnhöfe mit zusammen 78 männlichen und 35 weiblichen Mitgliedern sind daher in dem nachstehend geschätzten Ergebnis der Aufnahme nicht miteinhalten.

In den an der Berichterstattung beteiligten 90 Gauen und Bahnhöfen mit zusammen 5592 männlichen und 14781 weiblichen, insgesamt also 20 373 Mitgliedern, waren am Stichtage, dem 23. Juni, 20 männliche und 194 weibliche, insgesamt also 214, am Ort befindliche Mitglieder arbeitslos.

Prozentual berechnet kamen auf je 100 Mitglieder bei den männlichen 0,4, bei den weiblichen 1,3 und bei beiden zusammen 1,1 Arbeitslose. Ein Vergleich über den Umfang der Arbeitslosigkeit unter

unseren Mitgliedern in den Vormonaten, sowie in dem gleichen Monat der drei letzten Jahre, ergibt folgendes Bild:

Monat	Arbeitslose Mitglieder am jeweiligen Stichtage (am Ort u. auf der Reise befindlich)			Arbeitslose auf je 100 Mitglieder					
				1917			1918		
	m.	w.	insg.	m.	w.	insg.	1917	1918	1916
1917									
Juni . . .	18	230	248	0,4	1,9	1,4	5,2	10,6	
Juli . . .	34	267	301	0,6	2,1	1,7	5,3	10,7	
August . . .	25	247	272	0,5	1,9	1,5	4,5	9,7	
September . . .	24	257	281	0,5	2,0	1,6	4,1	9,5	
Oktober . . .	25	220	245	0,5	1,6	1,3	3,9	8,4	
November . . .	22	215	237	0,4	1,5	1,2	3,0	7,4	
Dezember . . .	50	263	308	0,9	1,8	1,5	2,5	6,2	
1918									
Januar . . .	31	298	324	0,6	2,0	1,6	2,5	6,3	
Februar . . .	27	251	278	0,5	1,7	1,4	2,3	6,5	
März . . .	15	270	285	0,3	1,8	1,4	2,1	5,4	
April . . .	34	241	275	0,6	1,6	1,4	2,4	5,1	
Mai . . .	29	200	229	0,5	1,4	1,1	1,8	5,2	
Juni . . .	20	194	214	0,4	1,3	1,1	1,4	5,2	

Im ganzen abgelaufenen Quartal wurden in den 90 Gauen und Bahnhöfen, aus denen Berichte vorliegen, insgesamt 1835 Fälle von Arbeitslosigkeit mit zusammen 19 541 Arbeitslosen tagen gemeldet. Arbeitslosenunterstützung wurde an 308 Mitglieder für 4336 Tage gezahlt; für 11 105 Tage oder 71,5 Proz. der gesamten Arbeitslosentage konnte Unterstützung nicht gezahlt werden, weil die betreffenden Mitglieder entweder nicht bezugsberechtigt oder ausgesetzert waren. Von den am letzten Stichtage am Ort und auf der Reise gezählten 20 männlichen und 194 weiblichen Arbeitslosen waren nur 9 bzw. 60 zum Bezug von Arbeitslosenunterstützung berechtigt. Auf je 100 Mitglieder kamen im abgelaufenen Quartal 9,0 Fälle von Arbeitslosigkeit mit durchschnittlich 10,6 tägiger Dauer.

Ueber den unterschiedlichen Umfang der Arbeitslosigkeit in den einzelnen Gauen unseres Verbandes gibt untenstehende Tabelle eine Uebersicht.

Danach waren für das ganze Quartal prozentual berechnet die meisten Fälle von Arbeitslosigkeit zu verzeichnen in den Gauen 1 (Berlin), 6/7 (Gamburg-Altona) und 9 (Eisenberg), während am letzten Stichtage der größte Prozentsatz an Arbeitslosen im Gau 1 (Berlin), 9 (Eisenberg) und 12 (Grimma und Burgun) vorhanden war. Bezüglich der durchschnittlichen Dauer des einzelnen Arbeitslosenfalles stehen dagegen die Gauen 1 (Berlin) und 6/7 (Gamburg-Altona) am günstigsten da, während für die Gauen 12 und 9 immer noch eine recht lange Dauer der Arbeitslosigkeit — besonders bei den weiblichen Mitgliedern — zu verzeichnen ist.

Bei verkürzter Arbeitszeit arbeiteten nach den vorliegenden Berichten in der Woche vom

Die Arbeitslosigkeit in unserem Verbands im 2. Quartal 1918.

Gau	Zahl der Mitglieder			Zahl der Arbeitslosenfälle				Zahl der Arbeitslosen-tage	Arbeitslosen-Unterstützung wurde gezahlt			Jeder Arbeitslos-fall dauerte Tage		Auf je 100 Mitglieder kamen Fälle von Arbeits-losigkeit	
				im ganzen Quartal		am letzten Stichtage									
	männl.	weibl.	insg.	männl.	weibl.	männl.	weibl.		an Per-sonen	für Tage	Wk.	männl.	weibl.		
1	1 562	3 978	5 540	231	1 228	9	77	7 893	163	1 934	2 416	4,9	5,5	28,2	1,6
2/3	45	84	79	1	3	1	—	82	4	70	67	17,0	21,7	5,1	1,3
4	106	578	679	5	19	1	8	549	19	873	445	21,0	23,4	8,5	0,6
5	100	125	225	2	3	—	—	74	8	87	84	9,0	13,7	2,2	—
6/7	320	1 094	1 414	29	98	2	12	1 488	44	684	928	8,8	14,0	9,0	1,0
8	300	616	916	4	4	—	8	153	8	123	155	17,5	20,8	0,9	0,3
9	222	452	674	3	31	—	11	886	9	156	186	34,0	25,3	5,0	1,6
10	808	261	567	3	3	2	3	236	5	136	190	37,7	41,0	1,1	0,9
11/13	186	112	297	1	2	—	—	55	3	49	50	9,0	23,0	1,0	—
12	1 551	5 271	6 822	80	121	5	79	7 579	88	706	736	14,0	53,9	2,2	1,2
14/15	524	797	1 321	5	7	—	—	384	7	126	201	22,0	39,1	0,9	0,5
16	138	570	708	—	5	—	—	61	4	39	38	—	12,2	0,7	—
17	233	898	1 131	2	—	—	—	101	1	4	7	50,5	—	0,2	—
Zusammen	5 592	14 781	20 373	316	1 519	20	194	19 541	308	4 436	5 446	7,4	11,3	9,0	1,1
Außerdem*	78	85	113	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Summa	5 670	14 816	20 486	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
1. Qu. 1918	5 451	14 770	20 221	272	1 537	15	270	23 005	386	6 016	6 840	10,2	13,2	8,9	1,4
2. " 1917	5 096	12 190	17 286	209	1 589	18	230	17 849	260	3 733	4 492	8,1	10,2	10,4	1,4
2. " 1916	6 227	11 091	17 318	385	1 569	122	777	73 237	763	18 421	15 765	37,5	—	11,3	5,2
2. " 1915	7 856	11 856	19 212	1 245	8 247	302	1 742	161 101	1 559	26 238	18 504	35,8	—	23,4	10,6
2. " 1914	16 930	16 938	33 018	1 916	1 625	700	447	81 438	1 992	49 020	63 340	21,6	—	10,7	8,5
2. " 1913	17 002	17 066	34 068	2 143	1 700	704	898	73 394	1 802	40 812	55 880	17,6	—	11,3	8,2

* In den Bahnhöfen, die nicht berichtet haben.

23. bis 29. Juni 81 männliche und 72 weibliche Mitglieder. Davon entfällt der größte Teil auf die in Betrieben der Eis- und Kartonagenbranche beschäftigten Mitglieder in Chemnitz und Pirna.

An Arbeitslosen Unterstützung sind im zweiten Quartal 5446 Mk. zur Auszahlung gelangt gegen 6840 Mk. im ersten Quartal und 4492 Mk. im gleichen Quartal des Vorjahres. Für Krankenunterstützung wurden im zweiten Quartal 15.535 Mk., für Hinterbliebenenunterstützung 4722 Mk. und für sonstige Unterstützungen 1823 Mk. verausgabt. Von diesen insgesamt 27.526 Mk. Unterstützungsausgaben entfallen 2227 Mk. auf die Lokalkassen.

An Kriegsteilnehmer und deren Familien sind außerdem nachträglich als Weihnachtsgeldunterstützung und für Liebesgaben noch 6588 Mk. gezahlt, davon 5753 Mk. von den Lokalkassen.

Das „Correspondenzblatt“ und die „Stockholmerlei“.

Mit anerkanntem Eifer, aber wenig Geschick wendet sich das „Correspondenzblatt“ gegen unsern Aufsatz. Nur keine neue Stockholmerlei, in dem wir behauptet hatten, daß die Stockholmer Konferenzen im Jahre 1917 völlig schiffbruch gelitten hätten. Die Beweisführung des „Correspondenzblattes“ vermag uns nicht von dem Gegenteil zu überzeugen. Wenn die Redaktion des „Correspondenzblattes“ für die Wirkung von Stockholm nichts weiter anzuführen weiß, als daß die Kriegstreiber in England und Frankreich sich seit Stockholm über eine ständige Zunahme der Friedensbewegung in ihren Ländern beklagen, so ist das ein so magerer Trost, der wahrhaftig nicht dazu berechtigt, selbstzufrieden auszurufen: Ueber die erste Stockholmerlei erteilt die Welt anders als die „Buchbinder-Zeitung“. Jene heuchlerische Klage bringt nicht die Tatsache aus der Welt, daß alle bisherigen Lösungen und Grundgebungen der Sozialisten und Gewerkschaften in England, Frankreich und Amerika, also in den ausschlaggebenden feindlichen Ländern — die französischen Gewerkschaften bis zu einem gewissen Grade vielleicht ausgenommen — nichts von einer Wirkung von Stockholm haben erkennen lassen. Das Gegenteil wagt auch das „Correspondenzblatt“ nicht zu behaupten. Soweit übrigens die Friedensbewegung in den feindlichen Ländern angenommen hat, ist sie nicht auf die Wirkung von Stockholm zurückzuführen, sondern auf die wachsende Erkenntnis, daß Deutschland militärisch nicht niederzurängen ist, trotz aller prästerlichen Reden der feindlichen Staatsmänner.

Das „Correspondenzblatt“ hat also gar keine Veranlassung, so von oben herab zu erklären: „Dietabel sind derartige aus der Luft gegriffene Behauptungen nicht.“ Und das um so weniger, als das „Correspondenzblatt“ in der gleichen Nummer, wo es mit ein paar nichtigen Redensarten unsere wohl begründeten Warnungen vor einer neuen Stockholmerlei glaubt abtun zu können, einem Aufsatz von Fritz Krummer — der von internationalen Verhältnissen auch etwas versteht — Raum geben muß, der fast zu der gleichen Beurteilung und der gleichen Schlussfolgerung wie wir kommt. Heißt es doch zusammenfassend am Schluss:

„Für uns, für die von jeher für den Frieden kämpfende, für die internationale Verständigung tätige Arbeiterschaft der Mittelmächte bleibt nach Lage der Dinge nichts anderes übrig als ruhig zuwarten. Wenn unter solchen Umständen wird jede ihrer Vermählungen für das Zustandekommen der internationalen Konferenz dazu verdammt sein, das Gegenteil zu erreichen, würde weniger die Friedensbewegung unserer Schicksalsgenossen auf der anderen Seite als die unter diesen befindlichen Kriegstäter vom Schicksal des Unterstaatssekretärs Roberts gestärkt werden.“

Das hätte man sich schon bei der ersten Stockholmerlei sagen sollen! G. K.

Berichte.

Berlin. Eine am 17. Juli im „Deutschen Hof“ stattgefundene Branchenversammlung der in Buchbindereien, Geschäftsbüchereifabriken und Buchbindereibetriebe der Buchdruckereien beschäftigten Mitglieder nahm den Bericht über die am 9. und 10. Juli in Leipzig stattgefundenen Verhandlungen über Erhöhungen der Teuerungszulagen entgegen. Dieau führte Kollege Würzberger aus: Im letzten November, als die jetzt gültigen Teuerungszulagen vereinbart wurden, habe man wohl angenommen, es sei das letztemal, daß man auf solcher Grundlage Lohn-erhöhungen aufbaute. Man habe sich vielmehr der Hoffnung hingegeben, daß der Krieg bald sein Ende finden werde, und es möglich sei, an eine Erneuerung und durchgreifende Revision des Tarifes zu denken. Leider sind diese Erwartungen nicht in Erfüllung gegangen, und daher beauftragte schon im April eine Delegiertenversammlung die Branchen-

leitung, an die Unternehmer zwecks Erhöhung der Teuerungszulagen heranzutreten, um einen Ausgleich für die inzwischen wieder enorm gestiegenen Preise für alle Bedürfnisse des täglichen Lebens herbeizuführen. Nachdem nun die Forderungen dem Unternehmerverband eingereicht waren, vergingen mehrere Wochen, bis sich dieselben endlich zu Verhandlungen bereit fanden. Die Verhandlungen gestalteten sich ziemlich schwierig und schienen fast ergebnislos verlaufen zu sollen. Vor allen Dingen wollten die Unternehmer von einer allgemeinen prozentualen Erhöhung des Affordtarifs nichts wissen, da hierin eine Tarifrevision zu erblicken sei, welche man während des Krieges wegen der unklaren Verhältnisse nicht für zulässig erklärte. Schließlich gelang es aber doch, eine Einigung zu erzielen. Kollege Würzberger gibt

An die Bevollmächtigten der Zahlstellen!

Nachdem nun für die Buchbindereibetriebe der Tarifstädte neue Vereinbarungen über erhöhte Teuerungszulagen usw. abgeschlossen sind, muß es unsere Aufgabe sein, diese auch in allen anderen Orten und auch für alle Branchen unseres Berufes schnellstens und möglichst in vollem Umfange zur Einführung zu bringen. Ein entsprechendes Anschreiben an die Arbeitgeber, in dem die in Leipzig getroffenen Vereinbarungen als Forderungen eingestuft sind, ist von unserem Vorstand allen Bezirks- und Gauleitern in genügender Anzahl zugestellt. Dasselbe kann zum Versand, sowohl an die örtlichen Vereinigungen der Arbeitgeber — Innungen, Verbände usw. — wie auch an die einzelnen Firmen verwendet werden.

Die Bevollmächtigten aller Zahlstellen unseres Verbandes sollten nun sofort sich mit dem für ihren Ort zuständigen Gauvorstand in Verbindung setzen, und diesem entweder den Versand der Anschreiben an die Arbeitgeber ihres Ortes übertragen — unter Angabe der dafür in Betracht kommenden Adressen — oder aber eine entsprechende Anzahl des Anschreibens von diesem beziehen und deren Versand an die einzelnen Firmen am Orte selber regeln.

An allen Orten ist ein energisches und energisches Vorgehen unbedingt erforderlich, damit möglichst allen Kollegen und Kolleginnen die so dringend nötige Verbesserung ihres Lohnverhältnisses in gleicher Weise gesichert wird.

Jedes einzelne Mitglied achte darauf, daß auch seinem Arbeitgeber dieses Anschreiben zugesendet wird.

dann eine Uebersicht über die getroffenen Vereinbarungen; dieselben schaffen manche Ungleichheit der bisherigen Vereinbarungen aus dem Wege und bringen eine wesentliche Erhöhung der bisherigen Teuerungszulagen. Wenn nun die gemachten Zugeständnisse auch längst nicht den gehegten Erwartungen entsprechen, so nähern sie sich doch einigermaßen unseren Forderungen und können wir uns unter den gegebenen Verhältnissen wohl damit abfinden.

Bezüglich der Buchdruckereien und Geschäftsbüchereifabriken ist es noch zu keinen Vereinbarungen gekommen, da der Verein Berliner Buchdruckereibeiher leider noch keine Zeit gefunden hat, mit uns in Verhandlungen zu treten. Es wird daher Sache

der Kollegenschaft sein, den nötigen Nachdruck dahinter zu setzen, um die Herren zu etwas mehr Eile zu veranlassen.

In der nun folgenden regen Diskussion wurde vielfach die Unzufriedenheit mit dem Erreichten zum Ausdruck gebracht, da es in keiner Weise der enormen Teuerung entspricht. Nach wurde das Verhalten der Buchdruckereibeiher einer heftigen Kritik unterzogen, sollten dieselben nicht recht bald zu ähnlichen Zugeständnissen bereit sein, wie sie in Leipzig erzielt wurden, so solle man zur Tarifänderung schreiten, um hier bessere Verhältnisse zu schaffen. Folgende Resolution wurde aus der Mitte der Versammlung eingebracht und einstimmig angenommen:

„Die am 17. Juli 1918 tagende Branchenversammlung der in Buchbindereien, Geschäftsbüchereifabriken und Buchbindereibetrieben der Buchdruckereien beschäftigten Mitglieder nimmt Kenntnis von den Abmachungen vom 9. und 10. Juli d. J. in Leipzig und bedauert aufs lebhafteste, daß die weitergehenden voll begründeten und berechtigten Forderungen der Arbeiterschaft nicht die erwartete Berücksichtigung gefunden haben. Sie anerkennt, daß durch Wegfall der Staffelung in den Teuerungszulagen ein Stein des Anstoßes in den Mitarbeiterkreisen aus dem Wege geräumt wurde, dagegen hat die Ausbaltung der Teuerungszulagen für Heberstunden keine zureichende Regelung gefunden.“

Weiter nimmt die Versammlung mit Entrüstung Kenntnis von der Verzögerung der Verhandlungen mit den Buchdruckereibeiherern obwohl die Forderungen bereits unterm 17. Juni eingereicht wurden. Die Versammlung beauftragt die Branchenleitung bei den in Aussicht stehenden Verhandlungen mit dem Verein Berliner Buchdruckereibeiherer dahin zu wirken, daß ein Abkommen auf gleicher Grundlage wie mit den Buchbindereibeiherern getroffen wird und erteilt den Unterhändlern Vollmacht zur eventuellen Tarifänderung, wenn wider Erwarten eine solche Verständigung nicht möglich ist.“

Nachdem noch Kollege Hüger auf die Benutzung des Arbeitsnachweises hingewiesen hat, erfolgt Schluss der äußerst gut besuchten Versammlung.

Stuttgart. Am 12. Juli fand eine außerordentlich stark besuchte Versammlung aller Branchen statt, die sich mit dem Ergebnis der Verhandlungen in Leipzig mit dem Verband Deutscher Buchbindereibeiherer beschäftigte.

Unter Bekanntgabe des Erreichten gab Kollege Kemminger in anerkennender Weise ein Bild vom Gang der Verhandlungen.

Eine Diskussion darüber wurde nicht beliebt. Ein Kollege verlangte, daß bei den Verhandlungen mit dem Stuttgarter Buchdruckereibeiherern mit allem Nachdruck darauf gedrungen werden müßte, daß die in den Druckereien beschäftigten Kollegen und Kolleginnen unbedingt zu gleicher Zeit mit den Buchdruckern in den Genuß der erhöhten Zulagen kommen müßten.

Nach einem kräftigen Schlusswort des Referenten schloß der Vorsitzende die gut verlaufene Versammlung.

Vorher fand nachstehende Entschließung einstimmige Annahme:

„Die am 12. Juli 1918 im Gewerkschaftshause tagende sehr stark besuchte Versammlung der Buchbinder, Buchbinderei- und Kartonagenarbeiterinnen nimmt Kenntnis von dem am 9. und 10. Juli in Leipzig mit dem Verband Deutscher Buchbindereibeiherer getroffenen Vereinbarungen über Teuerungszulagen.“

Sie stimmt ihnen zu in der Erwartung, daß bei weiterer Dauer des Krieges und bei weiterer Steigerung der Preise für die gesamten Lebensbedürfnisse den berechtigten Wünschen des Personals seitens der Prinzipale nach Möglichkeit entgegenkommen gezeigt wird.

Sie erwartet aber auch insbesondere, daß Verhandlungen über unsere Forderungen mit dem Verein der Stuttgarter Buchdruckereibeiherer, dem Verein der Stuttgarter Kartonagenfabrikanten und dem Verein der Stuttgarter Geschäftsbüchereifabrikanten in aller Eile zu einem Abschluß führen, der den Wünschen der Arbeiterschaft entspricht.

Vor allem aber erwartet die Versammlung, daß alle uns noch fernstehenden Kollegen und Kolleginnen reiflich unserer Organisation beitreten. Sie erklärt es für unwürdig, daß Kollegen und Kolleginnen die Erfolge der Organisation für sich in Anspruch nehmen, ohne ihr anzugehören. Sie erkennt an, daß die Interessen der Gesamt-Kollegenschaft nur durch den Deutschen Buchbinderverband gewahrt werden können und verpflichtet, rasios für die weitere Stärkung desselben tätig zu sein.“

Internationales.

Schweiz. Streiks in Kreuzlingen und St. Gallen. Am Montag, den 1. Juli, legten

